

Stadt Braunschweig

Stellungnahme der Verwaltung

	<i>Fachbereich/Referat</i> Fachbereich 67	<i>Nummer</i> 9424/13
zur Anfrage Nr. 2247/13 d. Frau/Herrn/Fraktion Fraktion Piratenpartei vom 16.05.2013	Datum 12.08.2013	
	Genehmigung	
Überschrift Braunschweig ohne Herbizide?	Dezernenten Dez. VII	
Verteiler Planungs- und Umweltausschuss	Sitzungstermin 14.08.2013	

„Die Verwaltung wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche zusätzlichen Personal- und Sachkosten würden entstehen, wenn die Stadt Braunschweig und ihre Gesellschaften auf die Anwendung von Herbiziden verzichten würden und stattdessen auf andere Verfahren der Wildkrautbeseitigung ausweichen?
2. Welche Auswirkungen (z. B. auf Stadtbild, Umwelt, Verkehrssicherheit, Lebensdauer öffentlicher Wegflächen) hätte ein Verzicht auf Herbizide?
3. Welche Erfahrungen hat die Stadt Salzgitter mit dem Verzicht auf Herbizide gemacht?“

Antworten der Verwaltung:

zu 1.:

Der Fachbereich Stadtgrün und Sport setzt Herbizide auf Sportrasenflächen, Tennenlaufbahnen, und -spielfeldern ein.

Weiterhin erfolgt der Einsatz in Gehölzpflanzungen sowie auf Baumscheiben vorwiegend im Straßengrün.

Die Ausbringung erfolgt durch sach- und fachkundiges Personal des Fachbereichs zu einem Vegetationszeitpunkt, der ein manuelles Nacharbeiten weitestgehend überflüssig macht.

Im Rahmen des Interreg EU-Projektes „Cleanregion“, an welchem die Stadt Braunschweig in Zusammenarbeit mit der ehemaligen BBA (heute: Julius-Kühn-Institut) als einer von 23 Partnern aus sieben Ländern teilgenommen hat, wurden über drei Jahre hinweg vielfältige Methoden zur Wildkrautbeseitigung getestet. Es haben sich jedoch keine nachhaltigen bzw. wirtschaftlichen Alternativen herauskristallisiert.

Daher bleibt alternativ zum Ausbringen von Herbiziden lediglich eine rein manuell-mechanische Wildkrautbeseitigung. Dieses Verfahren ist äußerst zeit- und personalintensiv und mit den zurzeit verfügbaren Personal- und Finanzressourcen nicht möglich.

Um ohne den Einsatz von Herbiziden einen annähernd gleichen Pflegestandard halten zu können, würden nach einer ersten groben Schätzung ca. 325.000 € zusätzliche Personal- und Sachkosten jährlich anfallen, wobei der Herbizideinsatz auf Tennen- und im Bedarfsfall Sportrasenflächen alternativlos ist und daher ein Verzicht hierauf nicht in der Folgekostenschätzung enthalten ist.

Zur Stellungnahme wurden weiterhin verschiedene städtischen Gesellschaften aufgefordert.

Die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH teilt mit, dass im Rahmen der Vegetationskontrolle zur Freihaltung der Schienenwege einmal jährlich durch einen Fachbetrieb ein Blattherbizid eingesetzt wird. Die Vegetationskontrolle sei seitens der Landeseisenbahnaufsicht vorgeschrieben. Daher kann auf den Einsatz von Herbiziden nicht verzichtet werden.

Laut Mitteilung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH werden jährlich ca. 15 Liter Herbizide eingesetzt. Ein Verzicht auf den Einsatz von Herbiziden würde einen erheblichen Mehraufwand von Pflegearbeiten mit sich bringen. Des Weiteren würden hierdurch andere wichtige Arbeiten liegen bleiben. Zusätzliches Personal wäre deshalb dringend erforderlich. Luftsicherheitstechnisch wäre ein Verzicht auf Herbizide ebenfalls bedenklich. Bei Rasen- und Neuanlagen im Bereich der Reflektionsflächen der Senderanlagen zum Beispiel würde das Wildkraut schneller und höher wachsen als das Gras und zu Störungen der Sender führen. Ebenso würden die Runway- und Taxiwaybeleuchtung zuwachsen und nur mit hohem Personal- und Materialaufwand sichtbar und sicher gehalten werden können.

Die Nibelungen-Wohnbau GmbH setzt Herbizide ein und teilt weiterhin mit, dass keine Auswirkungen auf Stadtbild, Verkehrssicherheit, Lebensdauer ihrer Anlagen und die Umwelt zu erwarten seien, wenn durch Einsatz von sehr hohen personellen und finanziellen Ressourcen die Verwendung von Herbiziden kompensiert werden würde.

Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH hat ebenso wie die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH mitgeteilt, dass keine Herbizide eingesetzt werden.

Die Braunschweiger Verkehrs-AG sowie das Klinikum Braunschweig konnten, bedingt durch die gerade zu Ende gegangene Ferienzeit, noch keine abschließende Stellungnahme abgeben, da die internen Recherchen zu dieser Thematik noch nicht abgeschlossen sind.

Die Verwaltung wird die diesbezüglichen Antworten der beiden städtischen Gesellschaften zur Sitzung des Grünflächenausschusses am 16. September mitteilen.

zu 2.:

Bezüglich der Auswirkungen auf das Stadtbild wird der Verzicht auf Herbizide ohne personelle Kompensation zu einem deutlich höheren Wildkrautbesatz in den Grünflächen führen.

Dadurch hinaus wird die Lebensdauer vieler Anlagen verkürzt.

Zahlreiche Grünflächen werden durch den Wildkrautbewuchs regelmäßig überwachsen und die Bepflanzung ersetzt werden müssen, was erhebliche Mehrkosten verursacht.

Dieser Gesamteindruck wird nach den bisherigen Erfahrungen von Teilen der Bürgerschaft als ästhetisch unbefriedigend wahrgenommen.

Bezugnehmend auf die Verkehrssicherheit würde auf Tennenflächen der Wildkrautbesatz dazu führen, dass diese aufgrund der erhöhten Verletzungsgefahren nicht mehr nutzbar wären.

Hinsichtlich der Umweltauswirkungen ist festzuhalten, dass sämtliche angewendeten Pflanzenschutzmittel national durch die federführende Zulassungsstelle Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit für den Markt zugelassen sind. Weiterhin beteiligt an der Zulassung sind als Bewertungsbehörden das Bundesinstitut für Risikobewertung, das Julius-Kühn-Institut und das Umweltbundesamt.

Durch dieses Zulassungsverfahren sowie dem Einsatz entsprechend dem Sicherheitsdatenblatt und der Gebrauchsanleitung sind umweltrelevante Auswirkungen minimiert.

zu 3.:

Auf Anfrage teilte die Verwaltung der Stadt Salzgitter mit, das seit 2012 auf den Einsatz von Herbiziden verzichtet wird. Der Verzicht basiert auf einem entsprechenden Ratsbeschluss. Die Personalkapazität wurde entsprechend um 8 Stellen für jeweils 6 Monate aufgestockt.

Über die Erfahrungen ist gemäß des Beschlusses zum Ende des Jahres 2013 zu berichten. Diesem Bericht möchte die Stadt Salzgitter nicht vorgreifen, zumal die Erfahrungen 2013 in die Bewertung einfließen sollen.

I. V.

gez.

Stegemann

Es gilt das gesprochene Wort.